

Antrag

der Abg. Friedrich Haag und u. a. FDP/DVP

Förderung der Elektromobilität in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Förderprogramme sie seit dem Jahr 2017 mit Bezug zur Elektromobilität aufgelegt hat;
2. welches Fördermittelvolumen die Programme jeweils hatten, welche Investitionen sie ausgelöst haben mit der Angabe der jeweiligen Anzahl von beispielsweise Fahrzeugen oder Ladeinfrastrukturen im privaten und öffentlichen Bereich;
3. in welchen Bereichen die Landesförderung eine solche des Bundes ergänzt hat, es also zu Zuwendungen mehrere Stellen kommen konnte;
4. welche Erkenntnisse ihr darüber vorliegen, in welchem Umfang seit dem Jahr 2017 Förderungen des Bundes oder der Europäischen Union mit Bezug zur Elektromobilität nach Baden-Württemberg geflossen sind;
5. inwiefern sie Kenntnis von Fallgestaltungen hat, bei denen mit dem Leasing eines Elektrofahrzeuges im privaten und betriebswirtschaftlichen Sektor keine wesentlichen Aufwendungen verbunden waren bis hin zu dem Umstand, sogar ein wirtschaftliches Plus erzielen zu können;
6. ob ihr Erkenntnisse darüber vorliegen, um welche Art der Nutzung es sich bei den geförderten Elektrofahrzeugen gehandelt hat im Sinne eines tatsächlichen Austauschs eines Erstfahrzeugs mit Verbrennungsmotor durch ein E-Mobil oder eher um die Anschaffung weiterer Fahrzeuge;
7. wie sich der Stromverbrauch der insgesamt in Baden-Württemberg vorhandenen Elektrofahrzeuge in den letzten fünf Jahren dargestellt hat einschließlich von Ladeverlusten und Energiebedarfen für die Vorklimatisierung;
8. inwiefern Erkenntnisse darüber vorliegen, mit welchen Stromquellen der durch die Fördermaßnahmen ausgelöste zusätzliche Strombedarf gemäß dem Merit-Order-Effekt erzeugt wurde.

2.5.2022

Haag, Dr. Jung, Dr. Kern, Weinmann, Dr. Schweickert, Brauer, Bonath, Hoher, Fischer, Birnstock, Heitlinger FDP/DVP

Begründung

Die Elektromobilität wird mit erheblichen Steuermitteln gefördert. Aus Sicht der Antragsteller ist eine Übersicht über die Anstrengungen der Landesregierung in diesem Bereich zielführend.

